

# Thurgauer Zeitung

www.thurgauerzeitung.ch



**Moralspritze für die EM**  
Leichtathletin Yasmin Giger sorgt an der Schweizer Meisterschaft für den Thurgauer Höhepunkt. **33**

**Model-Gruppe mit Umsatzplus**  
Die Model-Gruppe hat im Geschäftsjahr 2018 die Verkäufe um acht Prozent gesteigert. **9**

**Drogen angebaut und verkauft**  
Ein 28-Jähriger kassiert vom Bezirksgericht Arbon eine teilbedingte Freiheitsstrafe. **42**

**Kradolf**  
Evangelische Kirche singt neue poppige Lieder. **25**

**Weinfelden**  
Zu wenig Altpapier für die Vereine. **27**

**Frauenfeld**  
CVP will im Gemeinderat einen Sitz zulegen. **37**

**Kreuzlingen**  
Verein Mahlzeitendienst löst sich auf. **39**



**Focus**  
«Gopf, Martha!» wird im Theaterhaus Thurgau aufgeführt. **15**

## Salzkorn

Wie viel Zeit und Geld im Stau verloren gehen, weiss man jetzt noch genauer. Eine Verkehrsstudie hat dies für Grossstädte errechnet. Die Zahlen dürften aber über kurz oder lang überholt sein. Schliesslich wird das Auto gerade zum mobilen Büro umgebaut. Lenkt es einmal eigenständig über weite Strecken, kann man jederzeit Konferenzen abhalten und Schreibarbeiten erledigen. Man ist rund um die Uhr verfügbar, und Ausreden gibt es keine mehr. Vielleicht sehnen Erste dann einen echten Unterbruch herbei, einen kleinen Stillstand zwischendurch.

Einfach ist der Umgang mit solchen Pausen nicht, das weiss man aus dem Zug. Wer traut sich denn noch, einfach auf die vorbeiziehende Landschaft vor dem Fenster zu blicken und die Gedanken schweifen zu lassen? Da ist es doch viel unauffälliger, geschäftig mit dem Smartphone zu hantieren. Plötzlich Zeit zur Verfügung zu haben und dann nichts zu tun ausser durchzuatmen – wer würde heutzutage noch so etwas Verrücktes tun? **T.F.**

ANZEIGE

**Wer Immobilien sucht, findet Sie noch einfacher. Suchen Sie nicht lange: osthome.ch**



## PH-Krise: Links-Grün fordert Massnahmen

**Thurgau** Die SP und die Grünen sorgen sich um den Ruf der Pädagogischen Hochschule. Sozialdemokraten wollen für künftige Fälle eine parlamentarische Untersuchung einführen.

**Silvan Meile**

In vielen Kantonen ist sie nicht wegzudenken, doch im Thurgau fehlt sie: Die Möglichkeit der Einberufung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Mit Verweis auf die Vorgänge um die umstrittene Freistellung eines Prorektors an

der Pädagogischen Hochschule Thurgau (PH) kündigt die Geschäftsleitung der SP Thurgau nun einen Vorstoss an, künftig auch im Thurgau eine PUK einberufen zu können.

Bei der aktuellen Untersuchung des Falls durch die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) setzt die SP

ein Fragezeichen hinter die Unbefangenheit mehrerer Kommissionsmitglieder. Sie verlangen deshalb eine «externe Analyse». Brisant ist, dass sie dabei GFK-Präsident Walter Hugentobler – notabene SP-Mitglied – in den Rücken fallen. Dieser stellt die Notwendigkeit einer unabhängigen Untersuchung in Abrede.

Besorgt um den Ruf der PH und in Angst um sich abzeichnende Kündigungen sind auch die Grünen. Deshalb fordern auch sie eine unabhängige Untersuchung des Falls, die Befragung aller involvierten Personen und die Offenlegung wesentlicher Akten, wie sie in einer Stellungnahme schreiben. **19**

## Streit wegen IS-Rückkehrer

**Terrorhelfer** US-Präsident Donald Trump übt Druck auf die europäischen Regierungen aus. Er fordert sie auf, nach dem Abzug der US-Truppen rund 800 IS-Kämpfer aufzunehmen und vor Gericht zu bringen. Der Bundesrat bereitet sich seit Monaten auf diese Frage vor. Er geht davon aus, dass sich derzeit 35 Leute mit Schweizer Herkunft im Kriegsgebiet aufhalten. Am Montag hat die Landesregierung die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats über den Stand des Geschäfts informiert. Die Meinungen der Sicherheitspolitiker gehen allerdings weit auseinander. *(red)* **2, 3**

## Alles andere als ein Spatzenhirn



**Intelligenz** Europas bekanntester Rabenforscher, Thomas Bugnyar von der Universität Wien, hat die soziale Intelligenz des schwarzen Singvogels erforscht. Die Fähigkeiten entsprechen denen von Affen, erklärte der Verhaltensforscher in St. Gallen. **14**

Bild: Getty

## Thurgau fährt elektrisch mit gutem Beispiel voran

**Mobilität** Reduktion des Verbrauchs von fossiler Energie und des CO<sub>2</sub>-Ausstosses, verbesserte Luftqualität und verminderte Lärmbelastung: Das sind die wichtigsten Chancen der Elektromobilität, die ein Thurgauer Grundlagenbericht lokalisiert hat. Mit 15 Massnahmen sollen die Chancen genutzt und die Risiken minimiert werden. Neben finanziellen Anreizen sind Planungsvorgaben, Informationen

und eine gelebte Vorbildfunktion vorgesehen. Die Vorbildfunktion nimmt der Kanton bereits wahr. Am Montag konnte das Amt für Bevölkerungsschutz und Armee die Schlüssel für ein neues Elektroauto entgegennehmen. Energiedirektor Walter Schönholzer und Abteilungsleiter Andrea Paoli gaben Details zu den bereits umgesetzten Massnahmen bekannt. Im März kommt das Thema in den Grossen Rat. *(lsf)* **21**

## FDP Thurgau unterstützt Gössis neuen Klimakurs

**Politik** Die Präsidentin der FDP Schweiz, Petra Gössli, leitet einen Wechsel der freisinnigen Umweltpolitik ein. Vizepräsident Christian Wasserfallen beharrt auf dem Nein zur Flugticketabgabe. Der Thurgauer FDP-Nationalrat Hansjörg Brunner betont, dass die FDP in der Schlussabstimmung Ja zum totalrevidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz sagte. Über eine Flugticketabgabe könne man

nochmals reden, «wenn sich alle Fraktionen bewegen». Gössli findet Unterstützung in der FDP Thurgau. Kantonalpräsident David H. Bon begrüsste die Umfrage bei der Basis. Sie werde das traditionelle Engagement der Freisinnigen für Natur- und Umweltschutz zeigen. Der Freidorfer FDP-Kantonsrat Daniel Eugster sieht in der Energiewende eine Chance fürs Gewerbe. *(wu)* **5, 19**

## Thurgauer Raiffeisenbanken bleiben auf Rekordkurs

**Bilanz** Ob Finanzkrise oder Turbulenzen bei Raiffeisen Schweiz, die Thurgauer Raiffeisenbanken setzen ihr Rekordwachstum fort. Das geht aus den Zahlen hervor, die Urs Schneider, Präsident des Verbandes Thurgauer Raiffeisenbanken, gestern vorgelegt hat. Demnach ist die Bilanzsumme vergangenes Jahr um eine halbe Milliarde von 13,8 auf 14,3 Mil-

liarden Franken gestiegen. Der Jahresgewinn kletterte um knapp sechs Prozent auf fast 28 Millionen Franken. Josef Maier, Leiter Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes, betonte, dass das zusammengefasste Ergebnis aller 15 Thurgauer Raiffeisen-Gesellschaften aus Zahlen bestehe, die fast ausnahmslos nach oben zeigen würden. *(hor)* **11**



**Zwei Bundesräte werben für AHV-Steuer-Deal**

**Abstimmung** Ueli Maurer und Alain Berset haben gestern die Werbetrömmel für den AHV-Steuer-Deal (Staf) gerührt. Dieser kommt am 19. Mai an die Urne. Es handelt sich um eine Neuauflage der 2017 gescheiterten Unternehmenssteuerreform III. Diese war nicht zuletzt wegen des fehlenden sozialen Ausgleichs bekämpft worden. Mit einem jährlichen Zwei-Milliarden-Zustupf an die AHV hat das Parlament diese Kritik aufgenommen. Damit hat es die Mehrheit der Linken gewonnen. Die Verknüpfung hat aber neue Gegner auf den Plan gerufen.

Bürgerliche Jungparteien und ein Teil der SVP bekämpfen die Staf. Ihrer Meinung nach verletzt die Vorlage die Einheit der Materie. Wer für das eine, nicht aber für das andere Element der Vorlage sei, könne seinen politischen Willen nicht zum Ausdruck bringen, argumentieren sie. Das lässt Ueli Maurer nicht gelten. Vor den Medien erinnerte er daran, dass die Einheit der Materie laut Bundesamt für Justiz gewahrt ist. Zudem gehöre es zur politischen Kultur der Schweiz, Kompromisse zu schmieden. Der AHV-Steuer-Deal sei eine typische Kompromissvorlage. Die beiden Aufgaben müssten ohnehin angegangen werden, und einzeln würden sie nicht besser gelöst, sagte Maurer. Er ist überzeugt, dass das auch die Mehrheit der SVP-Basis einsehen wird.

**AHV braucht Geld**

Auch SP-Bundesrat Berset hat einen Teil seiner Basis gegen sich. Juso und gewerkschaftliche Kreise kämpfen zusammen mit den Grünen gegen neue Steuererleichterungen für Unternehmen. Doch auch Berset zeigte sich zuversichtlich. Kompromissfähigkeit sei gefragt, sagte er. Vom sozialen Ausgleich profitiere die ganze Bevölkerung. Zudem seien die zusätzlichen Einnahmen wichtig zur Sicherung der AHV. Schon heute deckten die Beiträge die Renten nicht mehr. Die Lücke lasse sich auch mit Erträgen an den Finanzmärkten nicht mehr schliessen, sagte der Sozialminister. (sda)

# Das Wasserfallen-Problem

**Richtungsstreit** In der FDP gibt es in der Klimafrage einen Elite-Basis-Konflikt. Petra Gössi will nun, dass die Parteimitglieder den Weg weisen sollen.

**Doris Kleck**

«Die FDP muss ein ökologisches Profil entwickeln», sagte der damalige FDP-Parteipräsident Philipp Müller im Jahre 2013. Er redete einer ökologischen Steuerreform das Wort: «Es ist sinnvoll, Energie höher und Arbeit tiefer zu besteuern», argumentierte der Aargauer Politiker. Müller wollte mit seiner Ansage das freisinnige Fukushima-Trauma überwinden. 2011 wusste die Fraktion im Bundeshaus nicht, ob sie für oder gegen den Atomausstieg sein soll. Sie enthielt sich der Stimme. Aus Müllers Ökologie-Offensive wurde allerdings nichts – die Bundeshausfraktion bremste den Parteichef aus.

Denselben Fehler will seine Nachfolgerin Petra Gössi nicht begehen. Auch sie kündigte eine grünere FDP via Medien an. Die Bundeshausfraktion schaltet sie dabei aber aus: Sie befragt die 120 000 Parteimitglieder direkt dazu, wie die künftige Umweltpolitik der Partei aussehen soll. Ein wohlkalkulierter Schachzug. Gössi geht offenbar davon aus, dass in der Partei ein gewisser Elite-Basis-Konflikt in der Klimafrage besteht. Darauf weisen auch die Rückmeldungen aus Kantonalparteien hin.

**Kantonalpräsidenten**

Die Ankündigung und die Kurskorrektur beim CO<sub>2</sub>-Gesetz erfolgte, ohne dass Gössi die Wortführer in Energie- und Umweltfrage zuvor konsultierte. Das ist allen voran Christian Wasserfallen, Der Berner Nationalrat ist das Gesicht der freisinnigen Energie- und Klimapolitik. Petra Gössi hat ihn öffentlich desavouiert – entsprechend geharnischt reagierte der Politiker auf Twitter. Parteintern wird Wasserfallen angelastet, dass er die Lage beim CO<sub>2</sub>-Gesetz falsch beurteilt und den grossen Groll der Linken nach der Beratung unterschätzt hat. SP, Grüne und GLP versenken zusammen mit der SVP im Nationalrat die Vorlage und zeigten danach medienwirksam mit dem Finger auf den Freisinn. Er



FDP-Parteipräsidentin Petra Gössi studiert einen Flyer von Parteikollegen Christian Wasserfallen. Bild: Peter Klauzner/Keystone (Bern, 31. Mai 2017)

wird verantwortlich gemacht für den Absturz, weil die FDP offenbar hat, das Gesetz in wesentlichen Punkten zu entschärfen.

Während Wasserfallen Gössis Kurswechsel beim CO<sub>2</sub>-Gesetz nicht goutierte und sich auch andere Fraktionsmitglieder kritisch äusserten, kommt der Befreiungsschlag der Parteipräsidentin bei den Kantonalparteien gut an. «Ich bin sehr froh über das Interview von Petra Gössi», sagt etwa Hans-Jakob Boesch, Präsident der FDP Zürich.

Er gehörte zu jenen, die in Gössis Pläne involviert waren. Seine Kantonalpartei bestärkte die Parteileitung in ihrem Positionsbefund: «Die FDP behandelt das Klima- und Umweltthema zu stiefmütterlich, deshalb sind wir

in die Defensive geraten», sagt Boesch. Diese Feststellung habe seine Kantonalpartei schon vor einiger Zeit gemacht. Die Rolle der FDP beim CO<sub>2</sub>-Gesetz habe die Diskussion aber nochmals verstärkt.

Der Kanton Zürich wählt im März Parlament und Regierung neu; Boeschs Leute befinden sich derzeit im Wahlkampf und damit «unter doppelter Beobachtung», wie er sagt. Zum Wahlkampf gehören auch Hausbesuche. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung seien eindeutig: «Wir müssen offensiver werden in diesen Themen und aufzeigen, welche liberalen Lösungen wir haben, ohne auf Verbote zu setzen», erklärt Boesch. Konkret soll gemäss dem Zürcher Freisinnigen

etwa mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe Anreize gesetzt werden, um den Ausstoss zu verringern, und mehr in Forschung und Innovation investiert werden. Auch auf Kerosin müsste eine solche Abgabe erhoben werden.

**Offensive Baselbieter**

Boesch erhielt viele positive Reaktionen auf Gössis Umweltoffensive, gleich ging es Saskia Schenker, Präsidentin der FDP Baselland. «Es hat mich beeindruckt, wie die FDP nach der CO<sub>2</sub>-Debatte dargestellt worden ist», sagt Schenker. Klima und Umweltschutz seien für viele Freisinnige ein wichtiges Thema. Es sei zentral, dass die Partei beim CO<sub>2</sub>-Gesetz kompromissfähig

sei. «Ein Scherbenhaufen kann der FDP nicht egal sein», sagt die Kantonalpräsidentin.

Die Baselbieter FDP ist oft offensiver unterwegs als die Mutterpartei. So lehnte sie sich in der Vergangenheit mit einer Initiative für eine Energiesteuer auf Heizöl und Gas aus dem Fenster. Derzeit setzt sie sich für die Weiterführung des kantonalen Gebäudeprogramms ein. Es ist noch nicht lange her, da habe sie kritische Voten von Exponenten der FDP Schweiz zur Fortführung der Programme gehört. Im Rahmen des CO<sub>2</sub>-Gesetzes unterstützt die Mutterpartei nun diesen Punkt. Manchmal hören die Bundesparlamentarier auf die Basis. Vielleicht bald noch ein bisschen mehr.

## Ein wenig Rückenwind für den E-Patienten

**Gesundheitswesen** Damit sich das elektronische Patientendossier etablieren kann, müssen möglichst viele Leistungserbringer mitmachen. Doch für Praxisärzte ist die Teilnahme bisher freiwillig. Das könnte sich bald ändern – zumindest für einen Teil von ihnen.

Dieses Jahr ist ein entscheidendes für das elektronische Patientendossier (EPD). In den Spitälern, Rehakliniken und Psychiatrien laufen die Vorbereitungen für dessen Einführung. Ab April 2020 müssen alle ihren Patienten ein EPD anbieten. «In allen Regionen sind Aktivitäten im Gang», sagte Adrian Schmid, Leiter von E-Health Suisse, im Interview mit unserer Zeitung (Ausgabe von gestern). Ab 2022 gilt das Obligatorium auch für Pflegeheime und Geburtshäuser.

Freiwillig ist die Sache für die Patienten sowie die Praxisärzte – jedenfalls im Moment noch. Im Parlament gibt es Bestrebungen, das EPD auch für Ärzte obligatorisch zu erklären. Zumindest für solche, die neu zugelassen

werden. Bei der Ärztevereinigung FMH ist man nicht erfreut über die Pläne. Yvonne Gilli, FMH-Vorstandsmitglied und ehemalige Nationalrätin, wählt deutliche Worte, wenn sie darauf angesprochen wird: «Die Politik ritzt mit diesem Vorgehen an ihrer Glaubwürdigkeit», sagt sie. Noch bevor das EPD eingeführt und getestet worden sei, wolle die Politik das Obligatorium ausweiten. «Das ist absurd», so Gilli.

Die gesetzlichen Grundlagen für das elektronische Patientendossier wurden 2015 geschaffen. Streitpunkt im Parlament war damals, wer alles verpflichtet werden soll, ein EPD anzubieten. Der Nationalrat wollte auch für die Ärzte ein Obligatorium, der Ständerat war dagegen. Die FMH

sprach sich gegen das Vorhaben aus und drohte gar mit dem Referendum, falls das EPD nicht weiterhin freiwillig bleibt – und setzte sich am Schluss durch, der entsprechende Passus wurde aus dem Gesetz gestrichen.

**Die Wirtschaft übt Druck aus**

Nun aber ist er wieder aufgetaucht, im fast gleichen Wortlaut. Und zwar im Gesetz über die Zulassungssteuerung von Ärzten. Dieses will der Bundesrat revidieren und den Kantonen mehr Kompetenzen geben. Die Gesundheitskommission des Nationalrates hat diese Möglichkeit genutzt, um das EPD-Obligatorium wieder aufzunehmen. Künftig müssten Ärzte, die zugelassen

werden wollen, ein elektronisches Patientendossier anbieten. In der letzten Session folgte der Nationalrat seiner Kommission. SVP-Gesundheitspolitiker Sebastian Frehner befrwortet die Pläne: «Das EPD nützt nur etwas, wenn die Hausärzte dabei sind, bei ihnen läuft alles zusammen.» Er ist sich sicher: Je mehr Leistungserbringer mitmachen, desto weniger Fehlanalysen und Fehlbehandlungen gibt es. Hinter den Kulissen übt auch die Wirtschaft Druck aus. Laut einem Bericht des «Tages-Anzeigers» von gestern haben Vertreter der Pharma- und Gesundheitslobby im letzten Oktober an einer Sitzung mit Doris Leuthard und Johann Schneider-Ammann darauf gedrängt, das elektronische Patien-

tendossier zu forcieren und den Zugang zu Gesundheitsdaten für die Wirtschaft zu erleichtern.

Für Yvonne Gilli ist klar: «Entscheidend für den Erfolg des EPD wird nicht sein, ob es ein Obligatorium gibt, sondern ob es ein funktionierendes Arbeitsinstrument ist, das im Alltag nützlich ist.» Die FMH lehne eine Kopplung des elektronischen Patientendossiers an die Zulassung klar ab, sagt die Ärztin. Gelassener sieht das Pius Bürki, E-Health-Verantwortlicher beim Verband der Haus- und Kinderärzte. Er sagt: «Mit der Regelung, die nun im Parlament diskutiert wird, könnten wir leben.» Noch ist diese nicht im Trockenen, die kleine Kammer des Parlaments muss auch noch ihren Segen geben.

Die Gesundheitskommission des Ständerates wird die Beratungen über das Geschäft vorwiegend im zweiten Quartal dieses Jahres aufnehmen. So oder so bleibt es den Patienten selbst überlassen, ob sie ihre Krankenakten in einem EPD bündeln wollen. Die Nachfrage scheint aber vorhanden zu sein. Das legt zumindest eine kürzlich veröffentlichte Studie des Forschungsinstituts gfs.bern im Auftrag der Swisscom nahe. Demnach befrworten zwei Drittel der Befragten, dass Ärzte verpflichtet werden sollen, ihren Patienten persönliche Gesundheitsinformationen in einem EPD digital zugänglich zu machen.

**Michel Burtcher**

## SP überrumpelt Genossen

**Thurgau** Die Krise an der Pädagogischen Hochschule lässt den Ruf nach dem Instrument einer parlamentarischen Untersuchungskommission aufkommen. Doch die Forderung führt zu einer Verstimmung innerhalb der Partei.

Silvan Meile  
 silvan.meile@thurgauerzeitung.ch

Walter Hugentobler steht wegen der umstrittenen Freistellung eines Prorektors an der Pädagogischen Hochschule Thurgau (PH) im Gegenwind. Zwar untersucht er als Präsident der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) den Fall. Doch nun fällt ihm ausgerechnet die eigene Partei in den Rücken. Die SP verlangt am Montag in einer Medienmitteilung «eine externe Analyse der Vorgänge und Prozesse rund um die Freistellung des Prorektors Begemann». Die SP setzt ein Fragezeichen hinter die Unbefangenheit einiger der 21 GFK-Mitglieder. «Die viel beschworenen «kurzen Wege» im Kanton Thurgau führen in diesem Fall auch dazu, dass etliche Personen in den beteiligten politischen Gremien mit der Institution oder Kaderpersonen schon verbunden sind und nicht unbefangen urteilen können», schreibt sie und verlangt «eine unabhängige Fachkommission».

Das erachtet Hugentobler als unnötig. Für ihn ist die GFK durchaus imstande, die Vorgänge an der PH selbstständig zu untersuchen. Doch auch bei Hugentobler entstand bereits der Eindruck von Befangenheit, weil er dem Förderverein der PH vorsteht, in dessen Vorstand auch die PH-Rektorin und der Hochschulratspräsident sitzen, die direkt in den Fall um die Freistellung involviert sind. Die Forderung der SP-Geschäftsleitung ist auch nicht mit Hugentobler – immerhin SP-Fraktionsvizepräsident im Grossen Rat – abgesprochen. «Ich habe erst heute Morgen davon erfahren», sagt er am Montag auf Anfrage und wundert sich.

SP-Präsidentin Nina Schläfli sagt, ihr gehe es bei den Forderungen nicht um die Rolle von Parteikollegen Hugentobler. Der Fall der PH zeige aber, dass bei zahlreichen Mitgliedern einer ständigen Kommission das Thema Befangenheit aufkommen kann. Diese Meinung teilt SP-Fraktionschefin Sonja Wiesmann: «Wir sind ein relativ kleiner Kanton, da sollten auch externe Augen einen solchen Fall betrachten.» Das sei nicht als Misstrauen gegenüber der GFK zu verstehen. Bereits im Fall Hefenhofen seien Stimmen nach einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) laut geworden.

### Auch die Regierungsräte sollen über die Bücher

Doch die Möglichkeit, eine PUK einzusetzen, gibt es im Thurgau nicht. Deshalb planen die beiden SP-Frauen einen Vorstoss, damit der Grosse Rat das Recht erhält, bei ähnlichen Fällen eine Untersuchungskommission aus Kantonsräten und externen Fachleuten einzusetzen. Eine PUK sei nicht nur unabhängig, sondern könne auch die Mitglieder der

GFK zeitlich entlasten. Denn diese hätten bereits mit ihren ordentlichen Sitzungen eine enorme Last zu stemmen. Über dieses Argument seiner Parteikollegen staunt jedoch Hugentobler: «Wenn die Leistungsfähigkeit der GFK ausgereizt wäre, würden wir von uns aus reagieren.»

Eine weitere Forderung der SP zielt auf die Doppelrollen von Regierungsräten. Die SP erwähnt zwar nicht, dass Monika Knill als Vorsteherin des Departementes für Erziehung und Kultur im konkreten Fall die PH beaufsichtigt, gleichzeitig aber auch im Hochschulrat sitzt. Bei der SP klingt das so: Eine Vermischung von operativen oder strategischen Entscheidungen und der Aufsichtspflicht soll in Zukunft verhindert werden. Und sie fordert: Alle Regierungsräte sollen überprüfen, ob ihre Tätigkeiten in Verwaltungs- und Stiftungsräten mit ihrer Aufsichtspflicht zu einem Zielkonflikt führen.

### Die GFK hat Untersuchung aufgenommen

Am Mittwoch hat die GFK mit der ersten von zwei ausserordentlichen Sitzungen die Untersuchung gestartet und den Hochschulrat einbestellt, welcher im November die Freistellung beschloss. Hugentobler schweigt über den Inhalt. Auch darüber, ob der geschasste Prorektor Matthias Begemann und die Rektorin Priska Sieber ebenfalls vorgeladen werden. Der GFK-Präsident stellt zum Abschluss des Falls einen Bericht in Aussicht. Die Erwartungen in diesen sind hoch. Die Grünen verlangen in einer Stellungnahme die Befragung aller Involvierten und «die Offenlegung wesentlicher Akten». Und auch sie wollen eine «unabhängige Untersuchung».

### Vom Musterschüler zum Sorgenkind

Die Fassade der Pädagogischen Hochschule Thurgau bröckelt weiter. Noch immer hallt die Freistellung des unbehaglichen Prorektors Matthias Begemann nach. In der PH-Belegschaft führt sie zu Unverständnis und in der Politik zu Kopfschütteln. Viele können die internen Prozesse, die zur Entlassung führen, nicht nachvollziehen, und vermissen eine transparente Kommunikation. (sme)



Die einzige Thurgauer Hochschule ist ein Politikum. Bild: Reto Martin

## Kantonsräte fordern höheren Steuerabzug

**Steuergesetz** Mit einer parlamentarischen Initiative fordern vier SVP-Kantonsräte, die Steuerabzüge für Krankenkassenprämien zu erhöhen. Damit sollen die Abzüge in der Steuererklärung «wenigstens schrittweise der Realität» angenähert werden. Das schreiben sie im Vorstoss, den sie in der letzten Grossratsitzung eingereicht haben. So sollen künftig verheiratete Personen 7000 Franken abziehen dürfen, aktuell sind es 6200 Franken. Die übrigen Steuerpflichtigen sollen 3500 Franken in Abzug bringen können, aktuell sind es 3100 Franken. Der Steuerabzug für Kinder soll um 200 Franken auf 1000 Franken erhöht werden. Diese Abzüge sind im kantonalen Steuergesetz geregelt. Der Vorstoss zielt denn auch auf die Anpassung des entsprechenden Gesetzes.

Die Kantonsräte begründen ihren Vorstoss damit, dass die Gesundheitskosten und in der Folge die Belastung der Krankenkassenprämien deutlich zunehmen. Gleichzeitig habe der Thurgau die Berechtigung zum Bezug von Prämienverbilligungen in den vergangenen Jahren zweimal reduziert. Sie rechnen vor, dass die Durchschnittsprämie für Erwachsene im Thurgau derzeit 5088 Franken betrage, für junge Erwachsene 3948 und für Kinder 1224 Franken. Mit der Erhöhung des Steuerabzuges soll der «Mittelstand wirksam entlastet werden», halten die Kantonsräte fest. Es sei stossend, dass diejenigen, die ihre Prämien selber bezahlen, «darauf auch noch Steuern bezahlen müssen».

Der Vorstoss der SVP-Kantonsräte Urs Martin (Romanshorn), Pascal Schmid (Weinfelden), Manuel Strudler (Weinfelden) und Stephan Tobler (Egnach) geniesst breiten Rückhalt: 73 Kantonsräte haben ihn mitunterzeichnet. (seb)

## Die FDP Thurgau ist offen für eine neue Umweltpolitik

**Thurgau** FDP-Schweiz-Präsidentin Gössi will einen Kurswechsel. In der Bundeshausfraktion gibt es Widerstand dagegen. Sie zeige Führungsstärke, findet Kantonalpräsident Bon. Nationalrat Brunner ist bereit, nochmals über die Flugticketabgabe zu diskutieren.

Nach der gescheiterten Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes ist die FDP zur Zielscheibe von Links-Grün geworden. Laut dem SRF-Satiriker Michael Elsener steht das Parteikürzel für «Fuck de Planet». Zu reden gibt vor allem das FDP-Nein zur Flugticketabgabe. Am Samstag kündigte nun FDP-Schweiz-Präsidentin Petra Gössi in einem Interview einen Kurswechsel an. Christian Wasserfallen, Vizepräsident und Berner Nationalrat, widersprach via Twitter: «Wir sind nicht für wirkungslose #Flugticketabgabe. International handeln ist besser.» Die Rückhalt will Gössi mit einer Befragung der 120 000 FDP-Mitglieder gewinnen. Thurgauer FDP-Exponenten bekennen sich auf Anfrage zu Gössi, widersprechen ihr jedenfalls nicht.



Der Thurgauer FDP-Nationalrat Hansjörg Brunner. Bild: Reto Martin

Laut Nationalrat Hansjörg Brunner steht die FDP hinter dem Pariser Klimaabkommen. Um die Ziele zu erreichen, sei eine gewisse Offenheit unumgänglich: «Daher kann ich die Kompromissbereitschaft Petra Gössis durchaus verstehen.» Die FDP habe in der Schlussabstimmung ja zum total-

revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz gesagt. Laut Brunner müssten jetzt andere sagen, wie eine Mehrheit zu erreichen sei: «Ganz widersprüchlich ist die SP, sie hat das Gesetz versenkt und wirft jetzt der FDP vor, wir hätten zu wenig für das Gesetz gemacht.» Auch Brunner stimmte gegen die Flugticketabgabe. Nun schreibt er: «Wenn sich jetzt alle Fraktionen bewegen, kann man über diesen Punkt bestimmt noch einmal diskutieren.» Brunner persönlich stieg zuletzt im Herbst in ein Flugzeug nach Hamburg.

Der Präsident der FDP Thurgau, David H. Bon, begrüsst die angekündigte Umfrage zur Umweltpolitik: «Das ist ein Thema, das die Basis beschäftigt.» Sie werde zeigen, dass sich FDP-Mitglieder aus Tradition für Na-

tur- und Umweltschutz engagieren. Der Schwerpunkt liege beim privaten Engagement. Wobei man auch auf liberaler Seite manchmal «eine gezielte und begrenzte Besteuerung» für notwendig halte. «Frau Gössi zeigt Leadership», fügt Bon an. Dass sich Parteipräsidentin und Vizepräsident öffentlich streiten, bezeichnet er als «unglücklich». Für die Flugticketabgabe sei die Bundeshausfraktion zuständig. Er habe sich zu wenig damit befasst. «Fliegen ist viel zu günstig; ich verstehe, wenn man da eingreifen will.» Bon spricht sich dafür aus, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss «massiv zu verringern». Er benütze oft den Zug und wundere sich, dass der Beginn von Sitzungen häufig nicht auf den öffentlichen Verkehr ab-

gestimmt wird. Zuletzt geflogen sei er im Oktober nach Boston. «Ich fliege nicht viel, aber gern. Das mache ich ohne Bedenken.»

### Eugster sieht eine Chance für das Gewerbe

Auch der Freidorfer FDP-Kantonsrat Daniel Eugster unterstützt die FDP-Schweiz-Präsidentin: «Ich finde es von Petra Gössi ein starkes Zeichen, die Basis noch intensiver einzubeziehen und eine Vorwärtspolition in der Energiepolitik anzustreben.» Die Energiewende sei eine Chance für das Gewerbe: «Wir müssen nachhaltig wirtschaften, das rechnet sich auch.» Persönlich unterstütze er eine Flugticketabgabe, sagt Eugster. Letztmals sei er im Herbst aus privaten Gründen nach Dresden geflogen.

Wie Nationalrat Brunner betont die Uttwiler FDP-Kantonsrätin Brigitte Kaufmann, dass die FDP dem CO<sub>2</sub>-Gesetz zugestimmt habe. Im Thurgau sei die FDP in der Umweltpolitik gut unterwegs. Alt Regierungsrat Kaspar Schläpfer habe dazu den Anstoss gegeben. Bei neuen Regelungen müsse man «aufpassen, dass man nicht überschiesst», sagt die Bereichsleiterin Politik des Gewerbeverbands. Für eine Flugticketabgabe ist sie offen; andere Länder hätten diese auch. Persönlich fliegt Kaufmann wenig, sie leide unter Flugangst. Zuletzt flog sie vergangenes Jahr ins sibirische Ulan-Ude; ihr Sohn studiert dort Russisch.

Thomas Wunderlin  
 thomas.wunderlin@thurgauerzeitung.ch